

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

128 (3.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556303](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556303)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und arbeitslosen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich 25 Wfg., bei Selbstabholung 65 Wfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Wfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interate die Halbjahresliste oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Wfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Wfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Anzeigen aus kleineren als der Normgröße gesetzt werden, so werden sie auch nach erster berechnet. Preisangabe 52 Wfg.

25. Jahrgang.

Rühringen, Sonnabend den 5. Juni 1911.

Nr. 128.

Demokratisierung.

Wer auch nur die Anfangsgründe praktischer Politik begriffen hat, der weiß, daß die Demokratisierung des Deutschen Reiches und des preussischen Staates die wichtigste Aufgabe unserer Zeit ist, diejenige Aufgabe, die zuerst gelöst sein muß, ehe an weiteren Fortschritt zu denken ist. Was aber haben wir unter dem Wort „Demokratisierung“ zu verstehen? Zunächst eine Herrschaft des Parlaments, d. h. dieselben Zustände, wie in Frankreich und England, wo die Regierung durchaus von der Zustimmung des Parlaments abhängig ist und jeder Minister sofort abtreten muß, dem das Parlament kein Vertrauen entgegenbringt. Damit gebt zusammen die Forderung viel größerer Rechte, als sie der Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus gegenwärtig besitzen; während bei uns wichtige Dinge, z. B. Militärverordnungen (offiziell) auf mehrere Jahre geregelt werden, das Recht des Parlaments, in jedes Detail staatlicher Geschäftsführung durch Untersuchung hineinzuwühlen, und anderes mehr. Dies alles pflegt man mit dem Ausdruck „parlamentarisches Regime“ zu bezeichnen. Darüber hinaus erstreben wir Sozialdemokraten noch die direkte Gesetzgebung durch das Volk, Wahl der Beamten etc. Aber wir geben zu, daß es schon ein ganz hübscher Fortschritt wäre, wenn es zunächst einmal gelänge, das parlamentarische Regime zu verwirklichen. Nun ist das parlamentarische Regime von sehr einer Grundforderung des Liberalismus gewesen. Ja man kann hierin eines der wichtigsten Kennzeichen erblicken, die ihn von Konservatismus unterscheiden, wie denn die Konservativen in ihrem Programm ausdrücklich betonen, daß sie jedem Versuch, ein parlamentarisches Regime bei uns einzuführen, entgegenzutreten werden. Somit ergibt sich, daß Liberalismus und Sozialdemokratie einzig und allein die wichtigste, nächstfolgende Aufgabe der praktischen Politik: beide wollen zunächst einmal das parlamentarische Regime verwirklichen.

Auf dieser theoretischen Erwägung beruhen die immer wiederholten Aufforderungen der Liberalen, daß wir sie bei ihren Bestrebungen unterstützen sollen. Auf ihr beruht das Vertrauen, daß gerade gegenwärtig die Liberalen auszuweisen: sie sollen den kommenden Wahlskampf ja nur unter der Parole „Ergeben den Blauschwarzen Block“ führen, denn dessen Zersplitterung sei das erste Erfordernis, um zum parlamentarischen Regime, d. h. zur Demokratisierung Deutschlands zu gelangen. Die preussischen Konservativen wissen längst, daß ein Bündnis zwischen dem liberalen Bürgerturn und der Sozialdemokratie ihre Herrschaft im Handumdrehen demontieren muß. So hat erst dieser Tage das „Berliner Tageblatt“ sich vernehmen lassen.

Dasselbe Exemplar des Blattes jedoch, das auf seiner linken Seite diesen patriotischen Ausruf trägt, bringt auf der rechten Seite die Nachricht, daß die fortschrittliche Volkspartei in Sachsen für 14 Wahlkreise ein Abkommen mit den Nationalliberalen getroffen habe, wonach durch gegenseitige Unterstützung sieben dieser Kreise den Fortschrittlichen, die sieben anderen den Nationalliberalen zufallen sollen. Dahin in ähnlicher Weise auch sonst in weiten Teilen des Reiches die Nationalliberalen von den Fortschrittlichen unterstützt werden sollen, ist bekannt. Also, die Fortschrittler wollen das Ihrige tun, um eine Anzahl nationalliberaler Abgeordneter in den nächsten Reichstag zu bringen. Ist denn damit aber auch die Demokratisierung Deutschlands ein Schritt geleistet?

Blättern wir zurück in der Geschichte der deutschen Politik, so finden wir ein Kopiel, das uns hierüber artige Dinge zu erzählen weiß. 1887 war es, da hatten die bedeutendsten Politikwissenschaftler, die Bismarck unter steter Unterstützung der nationalliberalen Presse mit steigender Unterstützung der Nationalliberalen 99 Mandate beschert (sober hatten sie 50 gehabt). Mit den Konservativen zusammen (die in ihren beiden Fraktionen insgesamt 121 Abgeordnete zählten) hatten sie die absolute Mehrheit. Haben sie nun diese respektable Macht, auf deren Hilfe die Regierung in wichtigen Fragen angewiesen war — haben sie sie benutzt, um für die Demokratisierung Deutschlands zu arbeiten? Nichts, ganz etwas anderes taten sie: im Winter desselben Jahres brachten sie gemeinsam mit den Konservativen einen Antrag ein, die Dauer der Legislaturperiode (d. h. die Zeit, für welche der Reichstag gewählt wird), von drei auf fünf Jahre zu verlängern! Da sie die Mehrheit hatten, wurde der Antrag natürlich am 7. Februar 1888 einstimmig angenommen, gegen den Widerspruch aller anderen Parteien, und vier Tage darauf machten sie ein gleiches Gesetz im preussischen Landtag.

Was diese nationalliberale Tat zu bedeuten hat, darüber unterliehene Bedel in seiner Schrift: „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage“ (S. 421) wie folgt: „Der Zweck des Gesetzes war, das Volk möglichst selten in die Lage zu

setzen, sein Wahlrecht auszuüben, damit die zu volksfeindlichen Beschlüssen geneigten Vertreter die Gewißheit haben, fünf Jahre lang vor einem Volksgericht sicher zu sein. Die Furcht vor dem allgemeinen und direkten Wahlrecht wurzelte tief in allen bürgerlichen Parteien, aber es wird direkt geholt von den Nationalliberalen und Konservativen, die in ihm ein gefährliches Mittel zur Demokratisierung des Staatswesens erblickten, ein Mittel, bei dem zu befürchten ist, daß die große, von Reich und Begierden gegen die Besitzenden“ erfüllte Klasse der Arbeiter auf Kosten von „Bildung und Besitz“ den maßgebenden Einfluß gewinnen. Dagegen hat insbesondere das arbeitende Volk das größte Interesse, möglichst oft seine Vertreter zu wählen. Nur dadurch allein kann es sie unter fortgesetzter Kontrolle halten und jeden möglichst bald von seinem Posten entfernen, der die übernommenen Pflichten nicht erfüllt oder direkt gegen sie handelt. Die Verlängerung der Legislaturperiode war somit ein gegen ein wichtiges Volksrecht, ja gegen das Volk selbst gerichteter Schlag, den Konservativen und Nationalliberalen führten.“

Man sieht: sobald die Nationalliberalen über viele Sitze im Reichstag verfügen, haben sie nicht für, sondern gegen die Demokratisierung Deutschlands gearbeitet.

Aber vielleicht sind das „alle Kamellen“, die man nach bald 25 Jahren nicht mehr anzuwenden soll, weil die Nationalliberalen sich inzwischen gebessert hätten und zuverlässige Verteidiger der Demokratie geworden wären? — Wer das wähnt, der lese das von der Nationalliberalen Partei im Jahre 1907 herausgegebene Politische Handbuch (S. 689). Da wird jener nationalliberale Streich noch heute verlobt. Da wird noch heute behauptet, daß dreijähriger Periode blieb nur ein Jahr für „ruhige, sachliche Arbeit“, weil das erste Jahr nach und das erste Jahr vor den Wahlen eben durch die Rücksicht auf die Wahlen „beeinträchtigt“ werde. Da wird also noch heute gegen den demokratischen Einfluß der Wähler als gegen einen Schaden eine Beeinträchtigung gesetzt.

Es ist übrigens nur eine einzige kleine Probe, die wir da aus der langen Geschichte der nationalliberalen Partei herausgegriffen haben. Diese Geschichte beweist aber auf jedem ihrer Blätter, daß die Nationalliberalen keine demokratische Partei sind und keine Demokratisierung Deutschlands wollen. Wenn nun die Fortschrittler so ernstlich bemüht sind, eine möglichst große Anzahl Nationalliberaler in den Reichstag hineinzubugeln, von denen sie doch immer antidemokratische Einflüsse erwarten müssen, so zeigen sie damit nur, daß es auch ihnen um die Demokratisierung Deutschlands gar nicht ernstlich zu tun ist.

Politische Rundschau.

Rühringen, 2. Juni.

Der Dank des Kaisers.

Wilhelm II. hat an den Reichstanzler folgendes Dankschreiben gerichtet:

Mein lieber von Bethmann-Hollweg!

Mit Bekriedigung habe ich aus Ihrer Meldung erfahren, daß nach dem glücklichen Zustandekommen des Gesetzes über die Verfassung von Wahl-Vorzügen nun auch die Vorlage der Reichsverfassungsänderung die Zustimmung des Reichstags gefunden hat. Wenn es gelungen ist, diese beiden bedeutungsvollen Gesetzgebungswerke nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten in einer den Interessen des Reiches entsprechenden Weise zum Abschluß zu bringen, so ist dieses erfreuliche Ergebnis nicht zum mindesten Ihrem persönlichen Eingreifen, Ihrer staatsmännischen Kunst und zielbewußten Arbeit zu verdanken. Ich kann es mir daher nicht verlagern, Ihnen zu diesem Erfolge meinen warmsten Glückwunsch und meinen allerherlichsten Dank auszusprechen. Um aber meiner Anerkennung und meinem Wohlwollen noch einen besonderen Ausdruck zu geben, habe ich Ihnen mein Bildnis verliehen. Bei dessen Anblick seien Sie allezeit eingedenk der herzlichsten Dankbarkeit!

Ihres wohlgeleiteten
(gez.) Wilhelm, I. R.

Neues Palais, den 31. Mai 1911.

Als geschichtliches Dokument wird dieses Handschreiben Wilhelms II. nicht ohne gewisse kritische Vorbehalte zu gebrauchen sein. Ob s. B. Herr v. Bethmann-Hollweg „zielbewußt“ auf die Einführung des gleichen Wahlrechts in Wahl-Vorzügen hingearbeitet hat, bleibt einstweilen doch zweifelhaft. Die entscheidende Wendung in der Verfassungsfrage ist auch nicht durch das persönliche Eingreifen des Reichstanzlers herbeigeführt worden. Die von dem Zentrumsgewählten Grafen Oppersdorff gestiftet verbreitete Legende, Herr v. Bethmann-Hollweg habe Stunden lang ver-

traulich mit den Sozialdemokraten konferiert, ist falsch. Das persönliche Verdienst an dem Zustandekommen der Befassung dürfte vielleicht eher dem Staatssekretär Debraud zuschreiben sein, der allerdings sicherlich ganz im Einverständnis mit dem Reichstanzler gehandelt hat.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird beim Anblick des Kaiserbildnisses wohl nicht nur an den ihm dankbaren Monarchen denken müssen, sondern auch an die Sozialdemokratie und das gleiche Wahlrecht. Was ist es aber mit dem Grafenitel, von dem längst schon die Rede war? Belommt er den erst, bis nach der eilfährigen auch die preussische Verfassungsfrage in einer „den Interessen des Reiches entsprechenden Weise“ geregelt ist?

Der Blau-Block von Weissenfeld.

Die „Neuzzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom Donnerstag morgen in ihrer Rubrik „Aus der konservativen Partei“ eine Nachricht, die einiges Aufsehen erregt dürfte. Es handelt sich nämlich um eine förmliche schriftlich festgelegte Erneuerung des Blau-Blocks zunächst im Reichstagswahlkreis Raumburg-Weissenfeld, wahrscheinlich aber auch für den ganzen Regierungsbezirk Merseburg, möglicherweise für die ganze Provinz Sachsen und vielleicht, wenn es Gott gibt, zuletzt für das ganze liebe deutsche Reich. Auf alle Fälle ist der Anfang gemacht, die „Purung des Staupens mit dem Kaninchen“ kann von neuem beginnen, und ihre interessanten Produkte wird man ab Januar 1912 im Reichsapanoptikum am Berliner Königsplatz wieder bewundern dürfen.

Am 27. Mai fand die Generalversammlung des konservativen Vereins für Weissenfeld statt, aus der die „Neuzzeitung“ u. a. Folgendes zu melden weiß:

Darauf berichtete der Vorsitzende über die zwischen den bürgerlichen Parteien geflochtenen Verhandlungen hinsichtlich der künftigen Reichstagswahl und den schriftlichen Abschluß eines Stichwahlbündnisses zwischen den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen und erwähnt das zwischen den Nationalliberalen und den Freisinnigen für die Provinz abgelschlossene Bündnis. Die Konservativen hätten das nötige Entgegenkommen gezeigt, man sei die Bahn frei für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten.

Auch der Hauptredner der Versammlung, der Reichstagsabgeordnete für Merseburg-Querfurt, Winkler, der erst neulich im Reichstag eine Lanze gegen das gleiche Wahlrecht gebrochen, ließ es sich nicht nehmen, die Wiederherstellung des Blaublocks gebührend zu feiern. Er sagte nach dem Bericht der „Neuzzeitung“:

Hier im Wahlkreise habe ich erfreulicher Weise das bisherige Verhältnis nicht geändert. Der gesunde Sinn der Wähler wird aber hoffentlich das Richtige finden. Hier im Wahlkreise können wir aber hoffen, daß es keine heftigen Kämpfe geben wird, das Stichwahlbündnis der bürgerlichen Parteien erweist dafür einen erfreulichen Ausblick.

Der Wahlkreis Raumburg-Weissenfeld, dessen Verhältnis der konservativen Wahlrechtsfeind Winkler so erfreulich findet, daß er an ihnen nichts ändern möchte, wird gegenwärtig im Reichstag von einem Herrn Rektor Sommer vertreten, der sich der fortschrittlichen Volkspartei zurechnet. Herr Sommer hat im Januar 1907 mit reaktionärer Hilfe unserer Genossen Ziele, den bisherigen Abgeordneten seit 1898, verdrängt. Im benachbarten Kreise Merseburg-Querfurt ist dagegen der konservative Winkler mit freisinniger Stichwahlhilfe gegen den Sozialdemokraten Vollerder gewählt worden. Bei der Hauptwahl erhielt der konservative 11210 Stimmen, der Sozialdemokrat 8517, der Freisinnige 8270, in der Stichwahl gewann der konservative 5835 Stimmen, der Sozialdemokrat nur 872. Die Verhältnisse liegen also im Kreise Merseburg-Querfurt nicht minder „erfreulich“ als in Raumburg-Weissenfeld, auch an ihnen soll jedenfalls „nichts geändert“ werden.

Von den acht Wahlkreisen des Regierungsbezirks Merseburg fielen bei den Hottentottenwahlen nicht weniger als die Hälfte der Kreise, zu ein fünfter Kreis war durch einen rechtsstehenden Nationalliberalen vertreten, drei gewannen die Freisinnigen. Davon ist aber inzwischen schon wieder einer, Halle, an die Sozialdemokratie gefallen, und auch die beiden anderen werden kaum zu halten sein. In Raumburg und Weissenfeld darf die Sozialdemokratie hoffen, über den Blaublock zu liegen, und in Wittenberg wird sie sich überlegen müssen, ob es überhaupt dafür steht, Herrn Dove abermals herauszuheben, wenn seine Freunde darauf bestehen, den halben Regierungsbezirk doch wieder wie 1907 an die Konservativen und Reichsparteier auszuliefern.

Die Taktik der Fortschrittler führt also dazu, daß ihre eigene Partei zwischen rechts und links aufgetrieben wird. Sie opfern sich für die Rechte und fliegen dafür selber aus

dem Regierungsbereich hinaus. Wenn sie wollten, könnten sie im ganzen Regierungsbereich Weisung mit der Rechten reinen Tisch machen. Statt dessen schlichen sie mit den Konventionen acht Monate vor der Wahl — denn man kann nie vorsichtig genug sein — ein schriftliches Wahlbündnis ab und ernten dafür das herablassende Lob des konventionellen Reichstagsabgeordneten und Landrats a. D. Winkler.

Wo immer sich die Fortschrittler in den kommenden Wahlkämpfen als die wahren „Bekämpfer der Reaktion“ ausweisen, wird von sozialdemokratischer Seite auf das schriftliche Wahlbündnis von Raumburg-Weihenfeld hingewiesen werden. Seht, so „bekämpft“ der Fortschritt die Reaktion.

Der Mann ist erschlagen, die Witwe darf hungern!

Auf offener menschlicher Straße, bei hellstem Tage wird ein friedlicher Bürger von zwei bewaffneten Männern überfallen und erschlagen. Die beiden Totschläger tragen die Uniform von Staatsbeamten und Nummern an den Hüftklappen, sie gehören einer bestimmten Abteilung der Schutzmannschaft an und sind an die Stelle, an der sie ihr Verbrechen begangen, von einem Vorgezogenen kommandiert worden. Trotzdem gelingt es nicht, sie zu fassen!

Die Blätter ist am 27. September v. J. verübt worden in Anwesenheit zahlreicher Zuschauer, die von den Feindern der ihrem Entgehen durch Rufe wie „Blutbunde!“ und ähnliche Worte Nachdruck gaben. Trotzdem bemerkt die Behörde nichts. Die höchsten Spitzen der Regierung geben ihrer Verleugung Ausdruck, daß die Beamten, „nichts als ihre Pflicht“ getan haben. Endlich wird ein Mann vor Gericht gestellt — der die beiden Totschläger durch einen unbilligen Jurist beiseite haben soll, und bei dieser Gelegenheit kommt die Wahrheit an den Tag. Zwei Gerichte beschäftigen sich mit dem Fall, beide kommen übereinstimmend zu dem Urteil, daß der Erschlagene widerrechtlich getötet worden, daß sich die Beamten, die ihn töteten, schwer gegen das Gesetz vergangen haben „Arger Unrechtsbrauch!“ sagt das eine Gericht, Notwehr durch wohlgeleitete Revolverkugeln empfiehlt für ähnliche Fälle das andere.

Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen. Die Verbrecher befinden sich noch auf freiem Fuß, tragen wahrscheinlich noch die Uniform, vielleicht sogar Orden, die ihnen für ihre „treue Pflichterfüllung“ verliehen worden. Eine private Adresskarte schreibt, um die Behörde an ihre wörtliche Pflicht zu erinnern, einen hohen Preis aus für die Ergreifung der Totschläger. Die Behörde läßt Zungen, läßt sie Auslagen machen, protokolliert und verbräutet Unmassen von Papier, Tinte und zweifelhaftem Zwirn, ohne auch nur einen Schritt weiterzukommen.

Daß die Polizei so manchen Mörder nicht fangen kann, ist ein Zustand, an den man sich mit der Zeit gewöhnt. Aber daß Mörder sich an sichersten fühlen dürfen, wenn sie selber zur Polizei gehören, verdient immerhin noch bemerkt zu werden. Und das alles gilt nicht etwa für Nicaragua oder für Griechenland, sondern für den berühmten Rechtsstaat Preußen.

Jetzt hat die Witwe des erschlagenen Arbeiters Herrmann, der während der Raubüberfallzeit am 27. September das Opfer zweier blutdürstiger Väteridee geworden ist, gegen den Justiz eine Entschädigungsklage eingereicht, die am letzten Donnerstag vor der ersten Zivilkammer des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung kam. Bei diesem Termin beantragte der Vertreter des Justiz, ein Referent Dr. Bolzani, das Verfahren aussetzen bis zur Erledigung des Ermittlungsverfahrens gegen die zwei unheimlichen Schuldigen. Das Gericht beschloß jedoch, am 5. Juli weiterzuverhandeln und die Klagen des Ermittlungsverfahrens gegen Unbekannt“ herbeizuführen. So beschloß einstweilen noch die Hoffnung, daß die Witwe des getöteten Herrmann wenigstens die 30 Mk. pro Woche erhalten wird, die sie als Entschädigung für den Verlust ihres Ernährers, beschleiden genau, beanprucht.

Die Rechtsprechung hat sich im Fall Herrmann bisher durchaus nicht gehalten. Desto kennzeichnender ist diese neueste zivilgerichtliche Episode für das „Rechtsbewußtsein“ gewisser Organe der total verunklärten preussischen Verwaltung.

Teufisches Reich

Berlin, 2. Juni. Der Bundesrat stimmte folgenden vom Reichstage angenommenen Gesetzentwürfen zu: 1) betr. die Genehmigung einer außerordentlichen Entschädigung an die Reichstagsmitglieder, 2) wegen Neubearbeitung des Zündwarensteuergesetzes, 3) betr. den Handel- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Schweden, 4) betr. die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen zu Japan, 5) betr. Befestigung von Zertifikaten, 6) Reichsgerichtliche Rechtsprechung und Einführungsgelei.

Recher als „Hacker Mann“. Herr Jordan v. Recher, der Präsident des preussischen Reichstagsparlamentes, will im nächsten Jahre das Amt des Präsidenten nicht mehr übernehmen. So teilt die „Märkische Volkszeitung“, eine Reklamenausgabe der „Berliner“ mit. Das Mail noch aber weiter zu berichten, daß Herr v. Recher in der fraglichen Versammlung, die in Gardslegen tagte, erklärt hat: „Wegen die Sozialdemokratie, weil sie eine Umsturzpartei ist, müßten ebenfalls Gesetze geschaffen werden, wie gegen Hochverrat und andere Verbrechen. Ausnahmegebote dünne man das nicht nennen. Wir leben jetzt in Angst vor den Kloten, denen immer eine „Extremwut“ bereitet werde. Dagegen werde jedes große Wort seitens eines Militärorgans gleich als Soldateneinmischung wörtlich mit Heilung bestraft.“ Herr Recher schien einst der starke Mann sein zu wollen, nach dem die Reaktionsäre förmlich gefürchten haben. Jetzt ist er recht alt geworden, und seine Äußerungen gegen die Sozialdemokratie lassen sich nun wohl mehr auf die Weisheit des Alters zurückführen.

Die Antwort der Rassenbeamten. Die Rassenangehörigen Groß-Berlins haben zu den mahlofen Angriffen, die der Abg. Graf Westarp im Reichstage gegen sie geschleudert hat, in einer Verammlung Stellung genommen. Eine einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Westarp hat in einer Sitzung des Reichstages behauptet, daß die mit dem Verbande der Rassenangehörigen abgetheilte Tarifgemeinschaft den Zweck gehabt habe, unbillige Prämie in die Rassen hineinzubringen. Graf v. Westarp hat ferner behauptet, daß die Verbände durch die Tarifgemeinschaft dokumentiert haben und dokumentieren wollten, daß ihnen Geld und Recht egal ist, wo es sich um Parteimitteln handelt, wo es sich in zynischer und frivoler Weise jedem Begriff von Anstand im öffentlichen Leben, allen Begriffen von Recht, Gesetz, Anstand und guter Sitte mutwillig ins Gesicht geschlagen haben. Auch den Vorwurf der Parteilichkeit hat Graf v. Westarp gegen die Rassenangehörigen erhoben. Für alle diese schweren, ehrenlegenden, insamen Beschuldigungen hat dieser Reichstagsabgeordnete auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht und es ausdrücklich abgelehnt, den Schatten eines Beweises beizubringen. Diese unter dem Schutze der Immunität erhabenen und deshalb nicht fassbaren Anschuldigungen kenne ich mich damit von selbst als beweislose Verleumdungen, diffamiert von Mißgunst und Parteilichkeit. Die Rassenangehörigen erheben allerhöchsten Protest gegen diese Verleumdungen und sprechen dem Grafen v. Westarp die Fähigkeit ab, das berechnete Verhalten der Rassenangehörigen nach Verheerung ihrer bescheidenen Lebenslage objektiv zu beurteilen.“

Stilleschweigendes Versammlungsrecht. Im Wahlkreis Rablau-Wehlau ist es unseren Genossen nach wie vor nicht möglich, größere Versammlungen zu veranstalten. Lokale werden ihnen verweigert und Versammlungen unter freiem Himmel werden bauernd von den Behörden verhindert. Widerholt ist die Partei bis zum Oberverwaltungsgericht gegangen; trotzdem wird das Versammlungsrecht nicht respektiert. Vor kurzem sollte in Groß-Wehlau (Kreis Wehlau) eine sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Am 12. Mai wurde beim Amtsvorsteher von Groß-Wehlau um die Genehmigung nachgesehen; am 27. Mai hatte der Veranstanter noch keine Antwort erhalten. Nun fragte er in einem eingeschriebenen Briefe an, warum kein Bescheid erfolge; die Antwort war wieder Schweigen. Dabei schreibt das Gesetz vor, daß dem Veranstanter im Falle der Verweigerung sofort ein kostenloser Bescheid mit Angabe der Gründe zu erteilen sei. — Von unserer Parteigenossen ist Beschwerde beim Landrat eingeleitet worden. Auf die Antwort wird man wahrscheinlich monatelang warten dürfen.

Preussisch. Auf dem 9. Verbandstage des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine, der jetzt in Gollitz tagte, und auf dem 132. Genossenschaftsamt mit über 90000 Mitglieder vertreten waren, wurde auch über die genossenschaftliche Bildungsarbeit gesprochen. Generalsekretär Kaufmann-Damberg hielt das Referat. In der Diskussion brachte ein Delegierter aus Gollitz (Kreis Bitterfeld) einen Fall zur Sprache, der ebenso ehrenvoll für die proletarische Genossenschaftsbewegung, wie diametral für die preussische Regierung ist. In der Schule des genannten Ortes war infolge der Armut der Schulgemeinde ein großer Mangel an Material zum Unterrichtsunterricht, und deshalb bewilligte der Konsumverein 100 Mk., um die Schulordnung zur Ergänzung der Lehrmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser nahm die Summe aus mit Dank an; er mußte aber die Annahme verweigern und das Geld zurückzahlen auf das Geheiß der Regierung in Merseburg. — Preussisch, echt preussisch!

Frankreich.

Ein Stachspiel zur Kaiserfeier. Als am Mittwoch früh eine der bei der Manifestation am ersten Mai verhafteten Frauen, Madeleine Mari, aus dem Gefängnis Saint Lazare entlassen wurde, wo sie wegen Verleumdung der Sozialisten eine Gefängnisstrafe von vier Wochen verbüßt hatte, wurde sie von den Redakteuren der „Guerre Sociale“ und etwa 200 Genossinnen am Gefängnisort erwartet. Sie sollte in freierem Zuge nach der Redaktion der „Guerre Sociale“ geleitet werden. Dieser Absicht widersetzte sich jedoch die Polizei, und es kam zu einem Kampf, bei dem die Polizisten Revolverkugeln in die Luft abgaben. Die verammelten Revolutionäre, die zu dem Verein „Junge revolutionäre Garde“ gehörten, drangen mit Stöcken auf die Polizisten ein, von denen ein, darunter zwei schwer, verwundet wurden. Zwei Konjunktoren wurden verhaftet.

Der Eisenbahnerstreik im Demagogentisch. Der ehemalige Sekretär des Eisenbahner-Syndikats, Guerrara, veröffentlicht im „Matin“ Entschuldigungen über den Ursprung des jüngsten Eisenbahnerstreikes, in welchen er behauptet, die eigentlichen Urheber des Ausstandes hätten verdächtige Beziehungen zu radikalen und antirepublikanischen Politikern unterhalten. Der von ihnen erlassene Streikbefehl mit der Unterzeichnung des Generalsekretärs des Lokomotivführerverbandes zöfien in eine Fälschung. Wenn es sich bewahrheitet, daß in den französischen Gewerkschaften realistische Demagogen so ihr Wesen treiben können, dann braucht man sich freilich nicht zu wundern, wenn dieser nicht zu einer Macht und zu einer ruhigen, gesunden Entwicklung kommen können.

Ausweisung eines französischen Offiziers aus Elsh-Lothringen. Pariser Blätter melden, daß ein französischer Offizier, Schiffsführer Robert, der mit Bewilligung des Marineministeriums sich zum Besuche von Verwandten nach Elsh-Lothringen begeben hatte, da er von der deutschen Regierung die Bewilligung zum Aufenthalt nicht eingeholt hatte, aus Elsh-Lothringen ausgewiesen worden ist.

Horingen.

Die Wahlen dürften den Republikanern einen vollständigen Sieg bringen, obwohl man das Resultat noch nicht übersehen kann. Die Verbindung des Wahlbezirks der Republikaner in Elsh-Lothringen zu lebhaften Kundgebungen

für die Republik und die provisorische Regierung. Dabei richtete sich der Eroll der republikanischen Wähler gegen die monarchistische Zeitung „Odia“. Ein Haufen Demonstrationen wollten die Druckerei der Zeitung stürzen. Das Militär, das die Demonstrationen dorthin leitete, war machtlos. Dem Zivilgouverneur gelang es, die Menge zu beruhigen, die Offiziere vor der Festigung zu retten und Blutergüssen zu vermeiden.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung ist auf den 19. Juni festgesetzt. Es soll zugleich in die Beratung der Verfassung eingetreten werden, die man bis Ende des Monats Juni durchzuführen hofft. Sobald die Verfassung angenommen ist, wird die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik schreiten.

Türkei.

Die Affäre Richter ist in ein neues Stadium getreten. Am Mittwoch ist in Konstantin ein Telegramm von dem griechischen Botschafter seltsamerweise Ingenieur Richter eingetroffen, in welchem er dem Gouverneur von Konstantin bittet, 20000 Pieters als Lösegeld für seine Freilassung abzugeben. Der Gouverneur hat von Saloniki gefahren eine starke Kolonne Soldaten auf die Verfolgung der Räuber abgedacht. Der deutsche Konsul hat dem Gouverneur geraten, das Lösegeld zu zahlen, um zu verhindern, daß Richter gefötet wird, aber der Gouverneur hofft die Räuber zu fangen. Die allgemeine Meinung ist jedoch die, daß dies nicht gelingen wird. Die beiden Seemanns Haffan und Joulouf, die Richter begleiteten, sind gleichfalls gefangen und noch bei ihm.

Kleine politische Nachrichten. Die württembergische Regierung gab in der zweiten Kammer ihrer Anstandsbarkeit über die neue Reichsverfassungssatzung Ausdruck. Sie habe die Festsicherung der Reichsverfassung gewünscht und die Festsicherung der Reichsgrenze von 70 auf 65 Jahre. — Der schwedische Reichstag hat seine Tagung am 1. Juni geschlossen. — Die türkischen Truppen begannen den Auszug in Arabien im Jag und Jag niederzuschlagen. — Das argentinische Parlament hat eine Beschlusse guthesetzt, in der allen Wählern für die Teilnahme an der Bundestagwahl der Dank ausgesprochen wird.

Sokales.

Rüstringen, 2. Juni.

Räumereffekte und Ständesamt. Das Haus Bismarckstraße 7, das die Stadt Rüstringen zur Unterbringung der Räumerei und der Ständesämter gekauft hat, wird zur Zeit in Stand gesetzt. Die Räume werden in etwa 8 Tagen ihrem Zweck übergeben. Morgen mittag, Sonnabend 12 1/2 Uhr, sollen die von der Stadt mit gekauften Einrichtungen gegenständig wieder verkauft werden. (Siehe Bekanntmachung.)

Wahr Bauarbeiterfrage! Uns wird berichtet: Wo getreten Nachmittag kürzte auf dem Neubau von Felix in der Bismarckstraße zu Wilhelmshaven ein Bauarbeiter durch eine in Arbeit befindliche Betonbede. Die ungenügend festgelegte Verankerung hielt dem Stampfen des Betons nicht stand. Wie erheblichen Kopferletzungen mußte der Arbeiter den Bau verlassen.

Geklagt wird auch über mangelhafte Schutzvorrichtungen beim Bau der Turnhalle in der Fellingstraße zu Rüstringen (Unternehmer Schorran). Die Kautschuk liegen frey und quer auf dem Fußboden, was die Arbeiter sehr unangenehm macht, die Vektoren sind nicht vorsichtsmäßig befestigt, eine große Gefahr nicht ohne Unterlage auf einem Stühle, so daß dieses bei schweren Fällen leicht durchbrechen kann. — Wann endlich kommt man den Belittungen frucht nach? Es scheint nicht eher besser zu werden, bis mit ganz empfindlichen Strahlen vorgegangen wird.

Ein sehr böses Gerücht durchlief unlängst wie ein Lauffeuer den hiesigen Bezirk. Eine Hebamme sollte während der Ausübung ihres Berufes mit dem Ehemann einer Niederkommenden in unerlaubte Beziehungen eingestiegen haben. Der Ehemann der Hebamme legte sofort förmlich eine Belohnung für denjenigen aus, der nachweisen konnte, wer das unerhörte Gerücht eingebracht hatte. Die weitere Folge der Sache war, daß am 30. Mai nicht weniger als 24 Personen, zumest Ehefrauen, von dem hiesigen Schöffengericht hingen, die sich wegen der Weiterverbreitung des Gerüchts zu verantworten hatten. Die Angeklagten kamen mit fünf und zehn Mark Strafe davon. — Der Sozial milde allen zur Warnung dienen. Es ist unerhört, wie leicht hier eine Meldung, die einen pitanten Inhalt hat, weiter verbreitet wird. Meistens denken diese Personen nicht nach, wie schwer sie dadurch ihre Mitmenschen verletzen. In dieser Beziehung ist die Klatschsucht hier leider noch sehr groß. Jeder sollte doch vor seiner eigenen Tür leben und anderen Menschen in Ruhe lassen, solange nicht öffentliche Interessen in Frage kommen.

Opern im Verlöbte Adler. Die Vorbereitungen für die am 4. Juni beginnende Opernspielzeit sind in vollem Gange und wie vorausgesehen war, eignet sich die Bühne, welche in Gestalt einer ganz neuen Art von Dekorations ein frisches, leuchtendes Kleid erhalten hat, ganz vorzüglich auch für derartige Aufführungen und selbst in dem intimen kleinen Zuschauerraum klingt der Chorgesang von ca. 20 Personen mit großem Orchester durchaus nicht überlaut, sondern bietet den überaus angenehmen Vorteil, daß jedes Wort des Textes klar verständlich ist. — Der Vorverkauf ist eröffnet und ist erfreulicher Weise die Nachfrage nach Einloskarten sehr lebhaft. Ganz besonders machen wir darauf aufmerksam, daß bei ungenügenden Wetter am zweiten Pfingstnachmittag um vier Uhr zu halben Preisen die geschehene Operette „Der Graf von Luxemburg“ zur Aufführung gelangt, ferner daß in Zukunft jeden Sonntag nachmittag bei ungenügendem Wetter eine Operette gegeben wird und zwar zu halben Preisen.

Wilhelmshaven, 2. Juni.

Die Wahl des Kaufmanns Hagemann zum Bezirksvorsteher ist, wie schon kurz berichtet, auch vom Weisheitsauschuss bekräftigt worden. Hagemann wurde bekräftigt am 8. Dezember v. Js. im 3. Stadtbezirk mit 47 von 91 Stimmen gewählt. Gegen diese Wahl war von 23 Wählern

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

Wahlrecht erhoben worden, weil Personen mitgewählt hatten, die trotz ihrer Eintragung in die Wählerlisten das Bürgerrecht nicht besaßen hatten, da ihnen die preussische Staatsangehörigkeit gefehlt habe.

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

treten. Von bürgerlicher Seite empfahl nur Herr Wählerschloß außer dem Bürgermeister und Stadtschultheiß Herrn Eisenloß, die übrigen bürgerlichen Mitglieder bewahrten

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

zwar mit 1000 Kilogramm Kriegsmaterial. Der Verkaufpreis soll in Algerien errungen werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die Straßenbahnangelegenheiten Berlins hielten in später Abendstunde verschiedene Versammlungen ab, um gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der Gehaltsfrage zu protestieren.

Aus aller Welt.

Fliegerpreis. Der Generalstab von Algerien beschloß zum Gedächtnis des Kriegsmilitärs Vertreuer, des Führers der Luftschiffahrt, einen Preis von 250.000 Franc auszusprechen für einen Flugapparat, der ohne Zwischenlandung einen Aufstieg von 500 Kilometern zurücklegt und

Worm, heiter, mäßige südliche Winde. — Fortdauer Pfingsten wochentäglich. Verantwortlicher Redakteur: H. Jacob, Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Kötzingen. Dierau zwei Beilagen.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend den 3. Juni, nachmittags 12 1/2 Uhr, sollen im Hause Bismarckstraße 7, das die Stadt Kötzingen für Büromöbel gekauft hat, folgende Gegenstände gegen Barzahlung verkauft werden: 1 Büffet, 3 Sofas, große, 4 Sofas, kleine, 1 Ruffilautomat ca. 10 ffd. Mtr. Tresen ca. 3 1/2 Mtr. desgleichen, 7 lange Tische, 1 Marmor Tisch, 25 Stühle, 1 Piano, 18 Stühle, 3 Spiegel, 1 Menagefaß, 1 Garderobenständer, 3 Gastronomleuchten. Kötzingen, den 1. Juni 1911. Stadtmagistrat. Dr. Queten.

Gesucht

von einer sehr grossen eingeführten Margarinefabrik in allen Gegenden Deutschlands Radfahrer als Vertreter welche auf einem Zweirad wöchentlich von 1 Pfund an jedem Konsumenten in einem Umkreise von 15 bis 20 Kilometern ihre Waren: Margarine und Margarinekäse ins Haus bringen, geg. angemessene Provision. Minimal-Einkommen von 1800 Mark jährlich wird garantiert. Für das Inkasso sind 300 Mk. Kautions oder gute Bürgschaft zu stellen. Anständiger, nüchtern, gesunde, fleissige Bewerber wollen unter Angabe ihres Alters und ihrer Referenzen selbstgeschrieb. Bewerbung unter H. P. 3757 an Rudolf Mosse, Hamburg, einreichen.

Gesucht

ein junges febl. Mädchen für meine Hausarbeit. Frau Rektor Wrodzinski, Kötzingen, Peterstr. 38.

Damenrad

zu verkaufen. Müllerstr. 43 u. L.

Bei Georg Aden finden Sie schöne Pflanzstängel für sich und Ihr Schnochen. Wirklich reizende Neuheiten!

Neue große reife und fette Matjesheringe, Stück nur 13 Pf. Neue Kartoffeln Pfund . . . 16 Pf. — empfiehlt — Johannes Arndt Kötzingen 1 (Want), Weststraße 14, Telephon 453, und Marienfel.

Fahrräder zu verkaufen. Adler-Herrenrad für 45 Mtr., Herrenrad mit Freil. u. Rücktritt für 36 Mtr., gutes Herrenrad 22 Mtr. Kieler Straße 60, 4. Etage.

Neues Damen- und Herrenrad mit voller Garantie umfandehalter billig zu verkaufen. Kötzingen, Peterstr. 17 u. L.

Zu verkaufen 2 Küchenschränke mit Säulen, sehr billig, und sonstige Gegenstände, sowie mehrere Fahrräder. Verl. Bismarckstraße 9.

Wilhelmshavener Str. 10

zwei Häuser vom Adler. Wir stellen diese Tage noch zum Verkauf neben anderen Schulen das

Schnhwarenlager

des verstorbenen Schuhmachermeisters Niesswand, bestehend aus Herren-, Damen- und Kinderstiefeln in schwarz und farbig und andere große Posten in Original Goodyearwelt und Schuhwaren aller Gattungen. Es wird noch ganz besonders hervorgehoben, daß das Reichwands Lager nicht regulär eingekauft ist und wir instand sind, einen guten Goodyearwelt-Stiefel billig zu verkaufen. Es wird zu jedem annehmbaren Preise verkauft.

Anpassen und Umtausch gestattet. Herr Reichwand hat vorzügliche, reelle Waren gefehert.

J. B.: H. Hinrichs.

Ein Fahrrad und ein gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. Heppens, Paulstr. 3. unten lts.

Parkhaus

Heute:
Gr. Doppelkonzert

Mitwirkende Künstler:
Frau Müller-Reichel vom Stadttheater in Bremen.
Herr Fr. Windgassen vom Stadttheater in Hamburg (bisher Stadttheater in Bremen), ehemaliger Obermaschinenmaat d. Kais. Marine.
Herr Fritz Totzlaff vom Stadttheater in Bremen.
Frau Josephine Sick-Nebauer vom Münchener Schauspielhaus.
Herr Oberregisseur Carl Sick vom Stadttheater Bremen.

Gegen 11 Uhr:
Gr. Brillant-Feuerwerk

Guter Kinderwagen

billig zu verkaufen. Siebetheburg, Fredebergstraße 9a, 1. Et. rechts.

Ein Damen- und Herrenrad

beide so gut wie neu, neuestes Modell, sehr billig zu verkaufen.
Mellumstraße 23, part. 1fs.

Herrenrad

neu, für 65 Mark zu verkaufen.
Janßen, Genossenschaftsstr. 34.

: Adler : Operettentheater

Sonntag den 4. Juni:
Eröffnung der Spielzeit.
Neu! Zum ersten Male: Neu!
Die keusche Susanne
Komisch. Operette v. Gilbert

Montag den 25. Juni und folgende Tage:

Die keusche Susanne

Am zweiten Pfingsttage:
nachm. 4 Uhr:
Bei ungünstigem Wetter.
Halbe Kassapreise.

Der Graf v. Luxemburg

Sämtliche Drucksachen fertigt an Paul Hug & Co.

Für die Festtage!!

empfehle mein reichhaltiges Lager in
Damen- und Herren-Bäsche, Unterzeuge
Garnituren, Handschuhe, Hüftypse
Sporthemden und Sport-Westen
Knaben-Sporthemden und Hüftel
Größte Auswahl in Kinderhöschen.

Ein Posten farbige Herren-Oberhemden
jezt Stück 3.50 Mk.

Ernst Döen Gökerstrasse 4
Ede Hinterstraße.

Hausfrauen prüft die Original- Oldenburger Süßrahm-Margarine

Weserruhm . . . gleicht feinsten Molkereibutter
ges. gesch.
Wesergold . . . Ersatz für feinste Landbutter
ges. gesch.

sowie die in jeder Hinsicht erstklassige
Pflanzenbutter-Margarine Delmawa ges. gesch.
Naturbutter, von frischer kaum zu unterscheiden.

Diese Marken sind von **bisher nicht gekannter Güte** und jetzt fast überall käuflich.
Verlangen Sie deshalb beim Einkauf nur die Original-Oldenb' Süßrahm-Fabrikate der

Delmenhorster Margarine-Werke

H. Petersen & Co. m. b. H., Delmenhorst, Tel. 70.

Achtung!

Unterstützungsverein Hilfe.
Friedtage halber findet die nächste Sitzung der Beiträge am Sonntag den 11. Juni statt.
Der Kassierer.

Fettwarenhans Hansa

Inh. Theodor Schiermann.

billig! billig!

- Beste gelochte Braunschweiger pr. Pfund 80 Pf.
- Gamb. Fleischwurst Pfd. 70 Pf.
- Prima beste Rotwurst „ 55 „
- Magerm Speck Ia. „ 78 „
- Bestes Rindfleischmalz „ 75 „
- „ Schweinefleischmalz „ 60 „
- „ Kalbsfleischmalz „ 50 „

„Das Beste vom Besten ist Schiermanns Margarine“

- 1 Liter der große Kundenpreis.
- Nr. 1 pr. Pfd. 80 Pf.
- 2 „ 1,50 Mk.
- Nr. 2 pr. Pfd. 70 Pf.
- 2 „ 1,30 Mk.
- Nr. 3 pr. Pfd. 60 Pf.
- 2 „ 1,15 Mk.

Zum Verwechseln ähnlich wie Kuhbutter ist die

Pflanzen-Margarine

Nur allerfeinste Qualität
pr. Pfd. 80 Pf., 2 Pfd. 1,50 Mk.

Fettwarenhans Hansa

Inh. Theodor Schiermann
Wilhelmshabener Str. 5.
Wilhelmshabener Str. 60.
Gökerstraße 4.
Man verlange Robattmarken!

Sie kaufen vorteilhaft

im Schuhgeschäft

„ „ von „ „

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Arbeiter!

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Nur fünf Tage

CIRCUS CHARLES

Auf dem Schiessfestplatz.

Heute Freitag den 2. Juni, abends 8¹/₄ Uhr:
Gala-Première
mit dem entzückendsten und sensationellsten Weltstadtprogramm der Gegenwart.

Sonnabend den 3. Juni:
Zwei brillante Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: Familien- u. Fremden-Vorstellung.
Abends 8¹/₄ Uhr: Gala-Elite-Abend.

Sonntag den 4. Juni (1. Pfingsttag):
Zwei grosse Fest-Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder unter 14 Jahren und Militär vom Feldwebel abwärts halbe Preise.

Vorverkauf (nur für Abend-Vorstellungen) im Zigarrengeschäft Plückthun, Marktstr. — Tel. 254.
Die Circuskasse ist täglich von 10 bis 6 Uhr geöffnet.
Abendkassenöffnung 7 Uhr.
Die äusserst sehenswerte **Tierschau** und das **Indierdorf** sind Sonnabend und Sonntag von 10 bis 2 Uhr zur Besichtigung geöffnet. Dazu **Konzert** des Trompeterkorps des Circus Charles.
Keine Unschlüssigkeit! Besuchen Sie die wirklich konkurrenzlosen Vorstellungen des Circus Charles. Nie wieder werden Sie Gelegenheit finden, derart grandiose und heroische Exercitien zu schauen.

Parkhaus

Heute:
Gr. Doppelkonzert

Mitwirkende Künstler:
Frau Müller-Reichel vom Stadttheater in Bremen.
Herr Fr. Windgassen vom Stadttheater in Hamburg (bisher Stadttheater in Bremen), ehemaliger Obermaschinenmaat d. Kais. Marine.
Herr Fritz Totzlaff vom Stadttheater in Bremen.
Frau Josephine Sick-Nebauer vom Münchener Schauspielhaus.
Herr Oberregisseur Carl Sick vom Stadttheater Bremen.

Gegen 11 Uhr:
Gr. Brillant-Feuerwerk

Verband d Schmiede Sonnabend den 3. Juni abends 8¹/₂ Uhr:

Verammlung

bei Galtweland, Grenzstr. 88.
Wichtige Tagesordnung (u. an):
Wahl der Delegierten zum adon Gewerkschaftscongr. in Dresden und Ausflug betreffend).
Zu dieser äußerst wichtigen Versammlung müssen sämtliche Kollegen erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Bauarbeiterschut- Kommission.

Diensdag den 6. Juni cr.
abends 8¹/₂ Uhr:

Sitzung bei Galtweland.

Tages-Ordnung:
Beratung der Vorschläge zur **Sanpolizei-Ordnung.**
Das Erscheinen aller Delegierten ist dringend notwendig.
Der Vorsitzende.

Gemeinf. Ortskrankenkasse der vereinigten Geweke.

Am Freitag den 9. Juni
abends 8¹/₂ Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in Nath's Restaurant, Grenzstr.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Lokalfrage.
2. Verschlebesen.
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen erucht
Der Vorstand.
W. Silberberg, Vorsitzender.

Diskutier-Klub für Sande und Umgegend.

(Alle drei Bezirke.)
Sonnabend, 5. Juni,
abends 8 Uhr:

Verammlung im Vereinslokal.

Da mehrere sehr wichtige Punkte zur Beratung stehen, werden die Mitglieder gebeten, vollständig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
D. Heiners.
H. Heiners.



Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

Andbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Zehn Jahre sind nunmehr verfloßen, seitdem die Generalkommission damit begonnen hat, alljährlich eine allgemeine Uebersicht über den Umfang und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften zu geben. Ein Vergleich der ersten Statistik mit den Ziffern der des Jahres 1910 führt in recht wirksamer Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des verfloßenen Jahrzehntes vor Augen. Es vermehren sich die Kartelle um 221, die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften liegt um 4888 und die der Mitglieder von 418718 auf 1892752. Die Tätigkeit der Kartelle hat von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung erfahren. Auf dem Gebiet der Agitation und der Bildungsbestrebungen sowohl wie in bezug auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fast unbegreifbare Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre eifrige Pionierarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung erworben und damit nach beiden Seiten zu deren maßvollen Aufstieg beigetragen.

Am Schlusse des Jahres 1910 betrug die Zahl der Kartelle 684 (1909: 654), gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 30 Kartellen getreten. An der Berichtserstattung beteiligten sich 656 Kartelle = 95,91 Proz. der Gesamtzahl. Die prozentuale Beteiligungssiffer ist etwas günstiger als im Jahre 1909, wo sie 94,65 Proz. ausmachte. Durch den Ausfall von 28 Kartellen aus der Statistik wird diese nicht erheblich beeinträchtigt, da es sich durchweg nur um kleinere Kartelle handelt. Zwei von ihnen wurden erst im Laufe des Vorjahres gegründet und die übrigen 26 zählten 1909 zusammen 14746 Mitglieder.

Den 656 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8883 Gewerkschaften angeschlossen, die insgesamt 1892752 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 8852 Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden mit 1884774 Mitgliedern. Im Jahre 1909 wurden 8520 Zweigvereine mit zusammen 1612449 Mitglieder gezählt. Es hat sich die Zahl der Zweigvereine um 32 und die der Mitglieder um 272325 vermehrt. Die Kartellstatistik umfaßt selbstverständlich nicht alle Zweigvereine und Mitglieder der Zentralverbände. 309 Zweigvereine waren den Kartellen im Jahre 1910 nicht angeschlossen; auch befinden sich Mitglieder an solchen Orten, wo Kartelle noch nicht bestehen. Das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik läßt jedoch bereits den sicheren Schluß zu, daß die Zentralverbände am Ende des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen erreicht haben.

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände, welche der Generalkommission angeschlossen sind, gehören den Kartellen noch an: 27 Zweigvereine des Verbandes der Rheinischen Eisenbahner mit zusammen 7637 Mitgliedern; 3 Zweigvereine des Verbandes der technischen Bühnenarbeiter mit 207 Mitgliedern und ein dem Gesamt-Kartell angeschlossenem Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 44 Mitgliedern. Es sind dann den Kartellen noch weiterhin angeschlossen: Der Verband der freien Gastwirte mit 20 Zweigvereinen und 443 Mitgliedern und der Verband der Hausangestellten und Diensthilfen mit 20 Zweigvereinen und 4758 Mitgliedern. Letztere beiden Verbände verfolgen zwar wirtschaftliche Ziele, können jedoch nicht als Gewerkschaften bezeichnet werden. Der Verband der freien Gewerkschaften besteht aus selbständigen Gewerbetreibenden. Er steht in freundschaftlichen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften, woraus sich der Anschluß einer Anzahl seiner Zweigvereine an die Kartelle erklärt. Der Verband der Hausangestellten erstreckt die wirtschaftliche Bestimmung seiner Mitglieder, nimmt jedoch gegenüber den Gewerkschaften wegen des ihm leider durch die Gesetzgebung verlagten Koalitionsrechtes eine Ausnahmestellung ein.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die im Jahre 1910 stattgefundenen umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfe werden zu der günstigen Entwicklung der freien Gewerkschaften wesentlich beigetragen haben. Doch wurde auch von den Zentralverbänden die eingetretene bessere wirtschaftliche Konjunktur zu einer regen Agitation ausgenutzt. Die Unternehmung einer solchen Agitation auf demselben Gebiet ist eine der ersten Aufgaben der Kartelle. Sie kommt namentlich dann in Frage, wenn es gilt für die Arbeiter eines Berufs, für die am Ort noch kein Zweigverein besteht, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß herbeizuführen, was selbstverständlich nur in Verbindung mit den naheliegenden Instanzen des zuständigen Zentralverbandes geschehen kann. Ist es dann zu der Neugründung eines Zweigvereines gekommen, so erwächst dem Kartell die weitere Aufgabe, demselben solange treulich zur Seite zu stehen, bis er in sich selbständig gefestigt ist.

Die Erfüllung dieser Pflichten erfordert häufig die Veranstaltung besonderer Versammlungen für die einzelnen Vereine leitens der Kartelle; es belief sich deren Zahl im Jahre 1910 auf insgesamt 1248. Außerdem fanden noch 2500 allgemeine Versammlungen statt, die den gemeinsamen Anliegen aller Gewerkschaftsangehörigen am Orte dienen.

In 86 Orten wurden keine Versammlungen abgehalten, doch ist in vielen Fällen diese Unterlassung auf Vorkamangel zurückzuführen.

Dah man mit dem schloßlichen Mittel der „Soalabtreiber“ noch immer versucht, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1910 57 Kar-

teile eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48). Größer noch aber dürfte die Zahl der Orte sein, wo den Gewerkschaften überhaupt keine ausreichenden Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stehen. An solchen Orten erwächst den Gewerkschaftsangehörigen die Pflicht, diesen koalitionsfeindlichen Bestrebungen in einem ausdauernden, planmäßigen Kampfe entgegenzuwirken.

Die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen ist von 29 auf 25 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen bedeutend gestiegen, und zwar von 48 auf 80. Die Einlegung weiblicher Vertrauenspersonen ist besonders angebracht, damit die Lohnarbeiterinnen Gelegenheit haben, ohne Scheu über anjohige Behandlung leitens der Arbeitgeber oder Vorgesetzter Beschwerde führen zu können.

Von 128 Kartellen wurden zusammen 133 statistische Erhebungen veranstaltet. In neun Fällen erstreckten sich dieselben auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in 42 Fällen wurde der Grad der Arbeitslosigkeit ermittelt und 82 Erhebungen dienten sonstigen Zwecken. 1909 fanden 171 statistische Erhebungen statt. Der Ausfall an Erhebungen wurde durch die geringere Zahl der Arbeitslosenzählungen verursacht.

Zur Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen bestanden 1910: in 139 Orten Beidwerdetkommissionen für Gewerbeinspektionszwecke, in 48 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Koffi- und Logiswesens beim Arbeitgeber und in 228 Orten Bauarbeiter-Kommissionen. Wesentliche Veränderungen in der Zahl dieser Institutionen sind seit 1909 nicht eingetreten.

In immer steigenderem Maße werden leitens der Kartelle die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft gefördert. Das ist ein sehr erfreuliches Symptom und kann auf diesem Gebiet von den Kartellen noch viel dankbare Arbeit geleistet werden. Die Bildungsbestrebungen stehen mit der Förderung der Agitation in enger Verbindung, so mag ein erheblicher Teil der Versammlungen durch Halten volkswirtschaftlicher Vorträge aus den Bildungsbestrebungen zugute gekommen sein. 496 Kartelle unterhielten gemeinsame Bibliotheken (1909: 464) und 71 (1909: 54) haben Lesezimmer eingerichtet. Bildungsausschüsse bestehen in 292 Orten (1909: 272) und die Zahl der Jugendkommissionen betrug 293 (1909: 284). Die beiden letzteren Einrichtungen werden jedoch von einer erheblichen Zahl Kartelle gemeinsam mit der Partei unterhalten.

Gewerkschaftshäuser sind in 53 Orten vorhanden. In 16 Fällen dienen genadete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen und in 37 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstücke errichtet. Zur Errichtung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet.

Herbergen in eigener Regie werden von 28 Kartellen unterhalten, die in der Regel in Verbindung mit den Gewerkschaftshäusern stehen. Die Zahl der Herbergen bei Gastwirten, die bezüglich der Unterbringung von reisenden Gewerkschaftsangehörigen sehr Abmachungen mit den Kartellen getroffen haben, die einer ständigen Kontrolle unterliegen, betrug 307.

Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden, bestehen an 96 Orten, außerdem sind noch von 203 Kartellen Rechtsanwaltsstellen eingerichtet. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Anwaltsstellen wird später besonders berichtet werden. 18 Kartelle betreiben zur Erhebung der Verwaltungsgeschäfte eigene Bureaus. Von 89 Kartellen werden insgesamt 152 Angestellte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten tätig sind.

Die Finanzabbarung der Gewerkschaftskartelle.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge der Gewerkschaften, die in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen erhoben 647 einen solchen Beitrag.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 648 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 733614 Mk., an Streifensammlungen 690217 Mk. und an sonstigen Einnahmen aus den Ueberhöfen von Veranstaltungen und Unternehmungen usw. 393534 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 1787365 Mk. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1701602 Mk. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 104205 Mk., Arbeitervertreterwahlen 34967 Mk., statistische Erhebungen 4427 Mk., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 98950 Mk., Herbergen und Arbeitsnachweise 26534 Mk., Sekretariate und Anwaltsstellen 222519 Mk., Bibliotheken und Lesezimmer 74708 Mk., Streifs 669607 Mk. (davon aus den Kartellkassen 23447 Mk.), Verwaltungskosten, soziale und persönliche 181737 Mk., sonstige Ausgaben 283948 Mk. Unter den Ausgabe-posten für die Verwaltung sind vielfach auch Kosten für Anwaltsvertretung und Sekretariate verzeichnet worden; in welcher Höhe läßt sich aus den Kasienberichten nicht feststellen.

Die Kasienbestände der 648 Kartelle betragen insgesamt am Schlusse des Jahres 1909 505937 Mk. und am Schlusse des Jahres 1910 591700 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Kasienbestände von 85763 Mk. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streifs außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1910 gegenüber dem Jahre 1909 eine Vermehrung der Einnahmen von 150519 Mk. und eine Erhöhung der Ausgaben von 86582 Mk. Die Ausgaben haben sich unter anderem erhöht bei den Posten: Agitation um 12490 Mk., Gewerkschaftshäuser

und Versammlungssäle um 29617 Mk., Bibliotheken und Verhallen um 16715 Mk. und bei der Unterhaltung der Streifs aus den Kartellkassen um 1629 Mk.

Veranlaßt durch den Anruf der Generalkommission fanden im Jahre 1910 umfangreiche Sammlungen statt zur Unterstützung der Ausgesperrten im Baugewerbe. Von 389 Kartellen wurden insgesamt 660217 Mk. durch Sammlungen aufgebracht, außerdem wurden von 158 Kartellen 23447 Mk. an Unterstützung aus den Kartellkassen geleistet. Von der Streifunterstützung wurden 42319 Mk. an Orte verwandt und 627288 Mk. der Generalkommission überwiesen. Ein Teil der Kartelle hat die Sammlungen nicht im Kasienbericht aufgenommen, da die Summen lediglich Durchgangsposten darstellen. Es ergibt sich das daraus, daß die Generalkommission über die Summe von 791877 Mk. als von den Kartellen eingegangen quittierte. Die Kasienbewußte Arbeiterschaft hat durch diese Ausbringung von finanziellen Mitteln wiederum einen schönen Beweis ihrer Solidarität erbracht.

Die Jahresstatistiken der Generalkommission haben unzweifelhaft auf die Entwicklung der Kartelle einen äußerst günstigen Einfluß ausgeübt. Sie geben uns nicht nur seit zehn Jahren eine fortlaufende, lehrreiche Uebersicht über einen wichtigen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern sie dienen auch den Kartellen als Richtschnur zur Erfassung und Erfüllung ihrer Aufgaben.

Wägen die Kartelle der Gewerkschaften auch fernerhin in dem gleichen Geiste ihre fruchtbringende Tätigkeit entfalten zum Wohle der Kasienbewußten deutschen Arbeiterschaft.

Soziales.

Medienburgische Leibeigenschaft.

Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich weist im § 361, Ziffer 7, eine Bestimmung auf, wonach mit Haft derjenige bestraft wird, „der aus öffentlichen Annehmlichkeiten eine Unterstützung empfängt und sich aus Arbeitslohn die Unterstützung zu verdienen“. Diese Bestimmung wird gegenüber Landarbeitern in der Weise angewandt, daß die Herren Gutswärter, die zugleich Träger der Armenlast sind, die Gutsarmen beim Empfang auch der allerbedeutensten Unterstützung zwingen, um niederen Lohn Arbeit auf dem Gute zu verrichten. — Kürzlich berichtete die Parteipresse, daß die Frau eines Invalidentenners auf dem Gute Stralendorf in Medienburg vom Schöffengericht eine Haftstrafe von fünf Tagen erhielt, die auf ihre Berufung von der Strafkommission bestätigt wurde, weil sie die schlecht bezahlte Arbeit auf dem Gutshofe mit der besser bezahlten bei den umliegenden Erbpächtern im Interesse der Erhaltung ihrer Familie vertauscht hätte. Weil in diesem Falle das Gericht keinen Anhalt fand, „Arbeitslohn“ bei dieser fleißigen Frau anzunehmen, so wurde eine medienburgische Landesverordnung vom 29. Juni 1899 angezogen. Hiernach sind alle Ortsarmen, „fürderjamst“ dem Amte zur Bestrafung anzuziehen, die sich den Weisungen und Bestimmungen des Ortsvorstandes, namentlich der Anweisung zur Arbeit, nicht fügen. Das Gericht entschied, daß diese Verordnung neben dem Strafgesetzbuch weiter bestehe. Es entschied weiter, daß die Frau gleichwohl als „Ortsarme“ zu betrachten sei, obgleich nicht sie, sondern der Ehemann eine Unterstützung erhalten hatte. — Als nun die arme Frau sah, daß Gesetz und Gerichte ihr die Erhaltung ihrer Familie, Mann und fünf Kinder, fast unmöglich machen, beschloß sie, den Ort zu verlassen, wo man sie gegen eine Bettelunterstützung an ihren invaliden Ehemann zur Leibeigenschaft zwang. Sie nahm die beiden ältesten Kinder mit und machte sich auf den Weg nach der Stadt Schwerin, um die Kinder bei Bekannten unterzubringen und lohnende Arbeit zu suchen. Der Mann wollte mit den anderen Kindern später nachkommen. Man hatte aber im Gutshofe Wind davon bekommen, daß eine „Leibeigene“ das Verbrechen begehen wollte, zu fliehen, und schickte den Gendarm hinter der stehenden Mutter her. Die Frau wurde ergriffen und ins Landarbeitshaus gebracht. Die Kinder kamen irgendwo hin, wo sie um ihren Unterhalt arbeiten mußten. Der kranke Mann sah zu Hause und wußte lange nicht, wohin man seine Frau und Kinder geschickt hatte, bis es seiner Organisation gelang, die Frau aus dem Landarbeitshaus zu befreien und die Kinder herbeizuschaffen. Ob der Frau eine Entschädigung für die erlittene Inhaftierung oder für den Entgang an Arbeitsverdienst zugestanden werden wird, ist bei dem Stande der medienburgischen Rechtspflege sehr zweifelhaft.

Aus aller Welt.

Wettling Paris Rom. Aus Rom wird gemeldet: Der Blüchertiller Leutnant zur See Beaumont, der die Streife Genoa-Viña in 1 Stunde 37 Minuten zurückgelegt hatte, verließ Viña am Mittwoch Mittag 12 Uhr 35 Minuten und kam in Rom 4 Uhr 5 Minuten an. Er wurde von einer großen Volksmenge erwartet und mit ungeheurer Jubel empfangen. Ueber den Behörden, darunter Fürst Senale der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, war auch der Bürgermeister Karhan erschienen, der den glücklichen Sieger im Hage Paris-Rom im Namen der ewigen Stadt willkommen hieß und herzliche Worte an die Adresse der Stadt Paris richtete. Beaumont dachte gerührt und hielt eine Ansprache, in der er die immer ergeuernde Freundschaft beider Nationen feierte. Nachher lud der Bürgermeister Beaumont ein, mit ihm nach dem Kapitol zu fahren.



Bürgerverein Neuende.

Am zweiten Pfingstfeiertag:

Grosser Festball

im Saale des Herrn D. Neuh zu Neuengroden
wogu die Mitglieder und Freunde des Vereins herzlich eingeladen sind
Der Vorstand.

Achtung! Eldorado Ebkeriege. Achtung!

Schönstes Gartenlokal der Umgegend.
Aufmerksame Bedienung! Solide Preise!

**Am 1. Pfingstfeiertag: Großes Frühkonzert
sowie Nachmittagskonzert, bei freiem Entree.**

Anfang früh 5 1/2 Uhr, nachmittags 3 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

W. Ulich.**Ostierner Hof (Post Heidmühle)**

Inhaber: H. Jacobs

hält seinen in unmittelbarer Nähe der Bahnstation Ostiem, ca. 5 Minuten
vom Backler Gehöft gelegenen Gasthof mit schönem Saal und Regelbahn
sowie verzähl. Fremdenzimmern allen Ausflüglern, Vereinen etc. bestens
empfohlen. — ff. kalte und warme Speisen und Getränke. — Bei
gehörigen Vereinen vorherige Anmeldung erbeten.

Am 1. Pfingsttage: Früh- und Nachm.-Konzert.

Am 2. feiertage: Ball.

Burg Knyphausen

Am ersten Pfingstfeiertage:

Grosse Konzerte

der Rühringer Konzertkapelle

Direktion: C. Beilschmidt

Anfang morgens 6 und nachmittags 4 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein

C. Beilschmidt. Bundkiel.**Gemischte Marmelade**

à Cimer (5 Pfd.) 1.00 Mk., lose ausgewogen 1 Pfd. 22 Pf.

Allerfeinste Marmelade Ia.als Erdbeer, Himbeer, Johannisbeer, Apfel
Aprikosen, Gemischte usw.

in Gläsern à 1 Pfd., 50 Pf. pr. Glas.

Kronsbeeren, lose ausgewogen, 1 Pfd. 30 Pf.

**J. H. Cassens, Schaar und
Rühringen, Peterstr. 42****Das Gewerkschafts-Fest**

in Varel

wird auf den 23. Juli verlegt.

Die Kommission.

**Bis Pfingsten extra billige Preise für
Sitz-, Liege- und Kinderwagen.**

Hinrichs & Frerichs, Wilhelmsh. Str. 43.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

:: Oldenburg ::

Staustr. 23. Staustr. 23.

Bis Pfingsten!**Extra billiger Verkauf**

in Herren- u. Knaben-Garderobe.

Grosse Posten Herren-Anzüge

werden zu folg. billigen Preisen verkauft:

Mk. 16 19 22 24 27 30 36 42.

— Grosse Posten —

Jünglings- u. Knaben-AnzügeWaschanzüge, Waschblusen
und Hosen ganz enorm billig.

Zur besond. **Ausverkauf in Schuhwaren**
Beachtung! wegen Ausgabe des Artikels und
Vergrößerung der Abteil. Konfektion.

Alex Hirschfeld.**Restaurant zur Nordseestation
Neuengroden.**

Am ersten Pfingstfeiertag, morgens früh und nachmittag:

Konzert.

Gute Speisen und Getränke. Schnelle Bedienung.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

H. Reuss.**Deckers Mühlenhof.**

Am ersten Pfingstfeiertag:

Früh-Konzert, sowie nachm. und abends Konzert.

Entree frei. Kein Bieraufschlag.

Es ladet ergebenst ein

Wilh. Decker.**Garten-Restaurant Siebethsburger Hof.**

Am 1. Pfingstnachmittag von 4 Uhr an:

KONZERT.

Auswahl von Münchener, sowie von hellen und dunklen Bieren.

Zwei verdeckte Raetbahnen. : : Eigenes Karussell am Platze.

Große Wiese zum Abhalten von Spielen.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

W. Heinken.**Mariensfelder Hafen.**Halte dem hochwohlwollenden Publikum sowie Vereinen mein
Lokal, sowie Garten, Saal und Kegelbahn
bestens empfohlen. Hochachtungsvoll**D. Gerdes.****Jeden Sonntag: Ball.****Colosseum :: Bant.**

Heute Freitag abend:

Grosse Tanzmusik.

Es ladet freundlichst ein

H. Sussbauer.**Achtung!****Restaurant Tken**

am Krähenbusch.

Pfingsten! Pfingsten!

**Grosses Garten-Konzert
mit Pfingstbaumfeier.****Taddikens****Garten-Etablissement,
Sandes-Zanderbusch.**

Am 1. Pfingstfeiertag

Früh-Konzert

Es ladet freundl. ein

G. P. Taddiken.**Bahnhofs-Restaur. Ostiem.**

Am 1. Pfingstfeiertage

von nachm. 3 Uhr ab:

Großes Garten-Konzert

Am 2. Pfingstfeiertage:

BALL.

Hierzu ladet freundl. ein

S. Klische.**Heidmühle.**

Halte Ausflüglern meine

Wirtschaft

mit schönem Garten

bestens empfohlen. 5 Minuten vom

Bahnhof. Telefon-Anschluss.

Ed. Popken.**Hotel Schütting, Varel.**

Am 2. Pfingsttage:

: BALL :

Hierzu laden freundlichst ein

Vorchers & Kunze.**Lindenhof Varel.**

Am 2. Pfingsttage:

Grosse Tanzmusik.

Hierzu ladet freundl. ein

H. Bohlen.**Nordenham.****Geschäfts-Gröfning**

Vom heutigen Tage an fähet ich

das Geschäft des verzogenen Schuh-

machers Duschek in der

ludwigstr. 10.

weiter. Es wird mein Bestreben

sein, meine werke Rundschaft aufs

beste zu bedienen.

Wenzel Brandt

Schuhmacher.

Nordenham.**Prima bestes Blumenjdmals**

Pfund . . . 70 Pf.

Lauermann, Schlachtere.

Marie, die Strohflechterin.

Erzählung aus dem Handbuche des Kantons Freiburg. Von H. Siebärel. Deutsch von Ferdinand Zyles. (7. Fortsetzung.) (Schlußdruck verboten.)

„Dah nur gut sein, Schwester,“ sagte Leo, der die Stupfen der Wirtin richtig zu beurteilen verstand, „mit werden uns schon bei Gelegenheit veranlassen.“ Und sich zu Mariens Mutter wendend, fragte er: „Haben Sie vielleicht schon Ihre Wäse- und Wisenland für nächstes Jahr verpachtet?“

„Nein, noch nicht.“ „Nun gut, ich werde dieser Tage zu Ihnen kommen. Wir könnten vielleicht die Sache miteinander abmachen?“ „Gewiß, ich will lieber mit Ihnen als mit irgend einem andern zu tun haben. Kommen Sie nur, wann Sie wollen.“

„Also auf Wiedersehen! Nochmals besten Dank für Ihre Hilfe.“ „Oh, nicht der Rede wert. — — — Auf Wiedersehen!“ Marie und ihre Mutter besaßen sich, in ihre Wohnung zurückzukehren, während Leo mit einem Wagen ebenfalls den Heimweg antrat. Währenddessen war das Gewitter mit großer Heftigkeit losgebrochen und kaum hatte Leo sein Heu unter Dach, als der Regen in Strömen fiel.

„Meiner Treu!“ sagte Leo zu seiner Schwester, „ohne die Hilfe dieser beiden braven Frauen wären wir sicher nicht mit unserm Heu völlig eingedeckt worden.“ „Na die hätte ich am allerwenigsten gedacht“, antwortete die Schwester, „Es steht doch wohl noch ein guter Aern in diesen Deuten.“

„So, glaubst du? Und was sagst du zu Marie? Sie ist untreulich das hübscheste Mädchen im Dorfe. Hast du gesehen, wie sie den Keden führen konnte? Das gibt einmal eine tüchtige Hausfrau!“ „Nun ja, ich glaube schon. Es ist wirklich schade um das Mädchen. Sie macht auf mich den Eindruck einer ehrenhaften Person.“

„Schade? Wie meinst du das?“ „Dummer du! Natürlich wegen ihres Vaters.“ — — „So, also auch du urteilst so schroff? Wenn wirklich ihr Vater schuldig wäre, — und ich habe meine Gründe, an seiner Schuld zu zweifeln, — soll deswegen auch die Tochter dafür verantwortlich gemacht werden? Kann sie darum nicht so ehrenhaft wie jede andere sein?“

„Was halt du denn für Einfälle? Und dieser warme Ton? Bist doch nicht etwa in sie verliebt?“ „Wer weiß? Sie hat alle Eigenschaften, daß sich ein junger Mann in sie verlieben könnte.“ „Doch, doch, du machst mich lachen! Ah, nun begreife ich. Da habe ich ja so etwas hüben hören, die Nachbarinnen höhleren es sich zu. Hast du überwegen nicht Streit gehabt mit den Kleinschweidern, die am Badofensbrunnen Wasser holten? Meinere Treu! Sogar der Gemeinderat soll sich mit der Sache befaßt haben.“

„Ja, ha, ha, was liegt mir an diesem Rindviehspieß, an diesem interessierten, engherzigen Gesindel! Diese Hornochsen glauben wunder was vorzutreiben, wenn sie an Freitagen, besonders an der Prozession, ihre großen dicken Violen in weiche baumwollene Handtücher strecken und wie Delphinen einherparadieren können. Eine laubere Nasse das!“

„Saubere oder nicht laubere! Was kann dir daran liegen, der du doch nicht Gemeinderat bist! Und was halt du überhaupt mit diesem Mädchen zu schaffen?“ „So? Soll ich Marie etwa ungestraft von dieser elenden alten Magd angefaßert lassen, von diesem frechen Weibe, bei der Annäherung und Schmutz mitelander weiterrufen, und das alles weil sie eine obrigkeitliche Person sein will? Hat ihr dieses junge Mädchen irgend etwas zu Leide getan?“

„Nein, nicht daß ich wüßte! Aber du halt alle Urache, es mit dem Gemeinderat nicht zu verberren.“ „Ich habe den Streit nicht angefaßert. Warum schiltieren sie uns fortwährend unter dem Vorwand, daß wir keine Gemeinderäte sind. Was man diejenigen Einwohner anweisen, welche der Gemeinde Schaden zufügen, aber solche nicht bestrafen, die ihre Steuern zahlen und sich ehrenhaft betragen. Ich werde keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sie zu ärgern, so lange sie nicht aufhören, uns zu beleidigen. Und gerade weil sie darüber in Wut geraten, daß ich mich für dieses junge Mädchen interessiere, werde ich nicht aufhören, ihre Partei zu ergreifen. Morgen gehe ich ihre Aenderungen zu prüfen, und wenn ich sie noch so teuer zahlen sollte, einzig und allein, um dem Lärm die Galle anzujagen, der einer von ihrer Sorte ist.“

Barometer prüfend und mit Ungeduld das geringste Anzeichen für eine Verringerung des Wetters erspähend. Aber nichts änderte sich. Der Regen fiel in seinem verzweifelten regelmäßig langsamem Tempo.

Johann, der Müller, welcher Wasser nötig hatte, sagte, daß es mindestens 14 Tage regnen würde. Die Raben machten jeden Morgen einen Hüllenlärm. Der Rheumatismus des alten Gurgon, welcher als der beste Wetterprophet lieben Weilen im Umkreise galt, hatte sein höchstes Stadium erreicht. Dies alles waren Gründe, anzunehmen, daß so schnell eine Verringerung des Wetters nicht zu erhoffen war.

Nikolaus der Bäcker, welcher es niemals verstand, die gute Zeit auszunützen, behauptete hingegen, daß das Barometer des Herrn Parrot „verhört“ worden sei zu steigen, daß die Sterne seines Ausganges nicht schwinnten, wie es gewöhnlich der Fall sei, wenn das schlechte Wetter andauerte, daß der Berner Kalender späheres Wetter anzeigte, daß der Mond in ein anderes Viertel überginge und den Regen vorjagen werde. Der alte Gurgon, dieser aus dem Veim gehende Kämpfer, sagte mit Bestimmtheit für spätestens den dritten oder vierten Tag sonniges Wetter voraus.

„Hol Euch der Teufel alle mit Eurem Berner Kalender und Eurem alten Gurgon!“ rief Emanuel der Schuster. „Wir werden so lange Regenwetter haben, bis es wieder Licht wird, wenn nicht der Herr Parrot öffentliche Gebete und Bittgänge anordnet. Dann werden wohl die alten Raben den lieben Herrgott bewegen können, daß er uns in sechs bis acht Wochen wieder Sonnenschein gibt.“

Leo ging nachdenklich und mismutig einher. Seine Schwester, welche glaubte, das Wetter sei die Ursache seiner bösen Laune, nahm die kurzen einseitigen Antworten des Bruders in Geduld und Ergebung hin; aber der junge Mann schien diese Rücksicht nicht würdigen zu wollen. Er fährte mit sich einen inneren Kampf und hatte einen Anfall von Menscheneigensinn, dem selbst die muntersten Charaktere hier und da unterworfen sind.

Das Bild Mariens hatte sich tief in sein Herz eingegraben, tiefer vielleicht als er es wünschte. Er mußte es sich selber eingestehen, daß eine ernstliche Neigung zu dem jungen Mädchen sich seines ganzen Seins bemächtigte und er begann die Folgen derselben zu fürchten.

In seinen Augen hatte Marie alle Eigenschaften, die ein rechtschaffener Landwirt von einer Frau fordern konnte, welche er zu seiner Lebensgefährtin und Mutter seiner Kinder machen wollte. In den Augen der Welt hingegen war sie mit einer Erbblinde behaftet, die alle ihre Tugenden verunkelte. — — — Sie war die Tochter ihres Vaters, eines Vaters, an dessen Namen ein Verbrechen haftete. Der Gedanke, daß seine Frau, seine Kinder den elsthaftesten Strafen, dem Tod und Geh der sonntäglichen Mord- und häuslichen Missethäter Menge ausgelegt sein könnten, bedrückte ihn schwer. Und doch fühlte er sich geküßt und hingezogen durch das sanfte, melanchole Wesen dieses wirklich schönen Mädchens. All die Verlorenungen und Bekehrungen, welche sie erdulden mußte, machten sie ihm noch interressanter und umwoben sie mit einer nicht zu beschreibenden Wolfe des Leidens, und der Kampf, den er mit aller Welt anzuhängen haben würde, war für seine energische Natur ein Stachel und Ansporn, sich zu ihrem Ritter auch färderehin anzujuwagen.

Die Liebe trug endlich den Sieg davon. „Mögen die Leute sagen was sie wollen,“ dachte er, „man betrachte doch nicht für andere, sondern für sich selber. Was nun ihr Vater unerschuldig oder schuldig sein, was kann mir daran liegen, ich ist ein ehrliches, braves Mädchen, sie gefällt mir, zum Teufel all die Käsemauler!“

Kleines Feuilleton.

80 Milliarden Kriegskosten.

Angesichts des militärischen Vorgehens der Franzosen in Marokko und des möglichen Bruchs der Maircasalle mit den ägyptischen Konventionen, die daraus entstehen könnten, macht Francois Delavigne einen Vorschlag darüber, was ein großer Krieg zwischen den Dreihund- und Zweihundmädern unter den heutigen Verhältnissen den daran beteiligten Großstaaten kosten würde. Er geht von den für Frankreich während des Krieges von 1870/71 erwachsenen Kosten aus, die er unter Ausscheidung der Kriegsmittelabgabe von fünf Milliarden Front und einiger anderer Posten, die mit der Kriegsführung und Unterhaltung des Heeres nicht direkt in Zusammenhang standen, mit 35 Milliarden in Rechnung setzt, so daß bei einer Armee von 1200000 Mann, die während der Dauer von acht Monaten unter den Waffen gehalten wurden, jeder mobilisierte französische Soldat pro Tag rund 12 Franc kosten verursachte. Indem er des weitern annimmt, daß infolge der seit vierzig Jahren eingetretenen allgemeinen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse für die heutigen Verhältnisse ein Zuschlag von mindestens 33 v. H. zu machen sei, kommt er zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig die Tageskosten für jeden Soldaten auf 16 Fr. zu stehen kämen, so daß bei einem Kriegszustand von 2400000 Köpfen, zu denen noch 600000 Mann Territorialreserven kommen, jeder Tag der Kriegsführung für Frankreich 48 Milliarden und ein achtmonatiger Krieg somit 11 1/2 Milliarden Franc kosten verursachen würden. Auf demselben Wege, jedoch unter Anseh anderer idglicher Verpflegungskosten kommt Delavigne zu dem Ergebnis, daß Deutschland bei einer Kriegslücke von fünf Millionen Mann unter Einschluss der Kriegreferenten und des Landsturms für jeden Kriegstag 60 Millionen Mark, für einen achtmonatigen Krieg also 14,5 Milliarden Mark, Österreich-Ungarn bei einem Aufgebot von 2 1/2 Millio-

nen Köpfen in acht Monaten acht Milliarden Kronen, Italien für 3 1/2 Millionen Soldaten im ganzen 4 1/2 Milliarden Rubel auszugeben haben würde. Ein allgemeiner europäischer Krieg würde also allein den fünf großen Kontinentalen rund 50 Milliarden Mark Kosten verursachen, zu denen nun noch die Kriegskosten Großbritanniens und die Marineausgaben der Drei- und Zweihundmädern treten, so daß man mit einer Gesamtsumme von 80 Milliarden rechnen kann. John Delavigne darauf hinweist, daß gerade die besten und leistungsfähigsten Arbeiter den Betrieb der Landwirtschaft und die industrielle Produktion verlieren gehen würden und daß ein Land wie Frankreich 80 bis 85 vom Hundert aller Wehrpflichtigen in das Meer einstellt, kommt er zu dem Schluß, daß in Frankreich die meisten Betriebe stillzulegen müßten, daß große Teile der Bevölkerung gänzlich arbeitslos werden würden und der Staat dann überhaupt nicht mehr auf den Eingang von Steuern rechnen könnte. Es wüßten bei einem allgemeinen Kriege der ganze Ostteil, Sibirien sowohl wie Belgien, einer schweren Erziehung anheimzufallen, die den überseiden Konkurrenten, Engländern und Nordamerikanern, nur die erlebte Gelegenheit bieten würde, den internationalen Handel auf Meingehalter an sich zu reißen.

Weberstreik im Münsterlande.

Der Weberhuh ruht, — Es ruht die fleißige Hand, Die schaffte ohne Unterlaß Uns Tuch und Betenwand. Da raucht kein Schloß, Still ist es in den Gassen, Das große Weberweidloch liegt einjam und verlassen. Zur Kirche ruft Der Widwante. Jedoch in diesem Stämpel Erntet ihr Klang wie Dohm. Der Weber nur In großer Not, Er betet still, „Gott gib uns Brot!“ Begehens wird er leben, Denn hier auf dieser Erde Mann unnt täglich Brot Nur noch erstritten werden. Im echnen Stämpel nur Mann Unrecht man bezwingen; Im letzten Stunte Nur beßeres erzingen. Jetzt wo der Frühling Durch die Kanäle fließt, Erblüht in weiter Ferna Das alte Weberweid und -Sieb.

Aus aller Welt.

Hinter den Kulissen der Ringkämpfe. Unter dem vorerwähnten Titel „Ringkampf und Schwimmbelühung“ veröffentlichte der Ringkämpfer Wily Rehner, 3. H. in Leipzig-Lindenan wohnend, vor kurzem eine Broschüre, die nicht allein in Sportkreisen, sondern auch darüber hinaus Aufsehen erregte. In einem Kapitel dieser Broschüre, über schrieben „Die größten Schieber“, wurde einem der bekanntesten deutschen Ringkämpfer, Heinrich Oberle aus Freiburg, gelangt, er sei der größte Pantoffelschneid, den die Erde kenne, die selbste Kreatur unter den Ringkämpfern und habe sich mit seinem Schwimmbelühungswort weit über eine Hundmillionen zusammengeschlossen. Oberle stellte wegen dieser allerdings etwas sehr verdien Kritik Belaidungslage, während Rehner auf Grund einer von Oberle erlassenen Zeugnisannone Gegenlage erhob. Ein vom Vorlesenden angebotener Vergleich scheiterte. Rehner gab an, er habe das, was in der Broschüre über Oberle behauptet sei, zwar von dieser Seite gehört, es sei aber wahr; im übrigen habe er mit seinen vorerwähnten Worten, die, wie er selbst jagte, sehr schärf seien, unhaltbare Zustände unter den Ringkämpfern überhaupt treffen wollen. Das Leipziger Schöffengericht verurteilte Rehner wegen öffentlicher Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe eont. 10 Tagen Gefängnis. Oberle wurde in der Gegenklage Oberle freigesprochen.

Veranstaltungs-Kalender.

Sonntag den 3. Juni. Rühringen-Wildschmauserei. Bürgerverein Leppens, 8. U. Abends 8 Uhr bei Delena-Verband der Schmiebe. Abends 8 1/2 Uhr in der Bürgerhalle. Verband der Metallarbeiter und Deiser. Abends 8 1/2 Uhr im Zirkel Metallarbeiter-Verband (Schleifer u. Schmiede). Abends 9 1/2 Uhr bei Salzwand. Sonntag den 4. Juni. Brale. Metallarbeiter-Verband. Vorm. 10 Uhr bei E. Jansen. Gemeinde- und Staatsarbeiter. Bestimmung bei Osterhof.

Schiffahrts-Nachrichten.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Vold. Berlin, nach Neuport, heute von Genoa. Vold. Stockholm, von Suda, heute St. Catharinen poliert. Vold. Wilton, von Ostfriesland, gestern in Hongkong angekommen. Vold. Gohlen, nach Rode, gestern von Hongkong abgegangen. Vold. Wögen, nach Ostfriesland, gestern in Rotterdam angekommen. Vold. Bremer Wöge, nach Ostfriesland, heute von Genoa abgegangen. Vold. Sigmaringen, von Kaplita, heute von Antwerpen abg.

Spchwasser.

Sonabend, 3. Juni: vormittags 5.37, nachmittags 5.48